

Bericht zur Frühlingsession 2021

Autor: Carlos Reinhard, Fraktionspräsident FDP.Die Liberalen
Datum: 06.04.2021

Sitzungszeiten (Grundlage als FDP-Vertreter und ohne Kommissionssitzungen)

Tag	Datum	Sitzungskategorie	Stunden
DO	04.03.2021	Fraktion Online	6.0
FR	05.03.2021	Fraktion Online	2.5
MO	08.03.2021	Fraktion	2.5
MO	08.03.2021	Grossrat-Parlament	3.0
DI	09.03.2021	Grossrat-Parlament	2.75
DI	09.03.2021	Grossrat-Parlament	3.0
MI	10.03.2021	Grossrat-Parlament	7.75
DO	11.03.2021	Grossrat-Parlament	5.5
MO	15.03.2021	Fraktion	1.5
MO	15.03.2021	Grossrat-Parlament	3.5
DI	16.03.2021	Grossrat-Parlament	7.75
MI	17.03.2021	Grossrat-Parlament	6.0
DO	18.03.2021	Grossrat-Parlament	5.75
MO	22.03.2021	Grossrat-Parlament	5.50
Total Sitzungszeit (ohne Kommissionen und Unterlagenstudium)			63.00

Einige Statistiken zur Session

Anzahl Ordnungsanträge	13	Anzahl Traktanden Verhandlung	132
Anzahl Anträge, Planungserklärung	94	Total Traktanden (inkl. IP)	159
		Anzahl Vereidigungen	8
Anzahl Stichentscheide GRP	2	Anzahl Wahlen	23
Anzahl Abstimmungen	245	Davon FDP-Likes 😊 (Abst.-Gewinne)	225
Anzahl Freie Debatten	75	Anzahl Reduzierte Debatten	57
Anzahl organisierte Debatten	0	Anzahl Wandlungen Motion-Postulat	22
Zurückgezogene Vorstösse/Anträge	16	In die nächste Session verschoben	0

Aktuelle Zusammensetzung der Fraktionen

Fraktionen									
Sitze	20	46	39	14	13	11	10	5	1

Total der Sitze: 160 (davon 2 Fraktionslose)

Seit der letzten Session gab es einige Änderungen. Die BDP heisst neu «Die Mitte» (Zusammenschluss BDP und CVP). Der bisherige CVP-Vertreter ist jedoch nicht Mitglied der Mitte-Fraktion. Bei der Grünen-Fraktion gab es einen Austritt (neu +1 Fraktionsloser).

Aktuelle Positionierung der Fraktionen im Grossrat Kanton Bern



Rücktritt Marianne Teuscher-Abts und Peter Sommer



Auf die Frühlingssession haben zwei FDP-Fraktionsmitglieder ihren Rücktritt erklärt. Per 8. Februar ist Marianne Teuscher-Abts auf Grund beruflicher Belastung zurückgetreten. Peter Sommer hat nach 15 Jahren per Ende der Frühlingssession demissioniert. An dieser Stelle bedanke ich mich im Namen der ganzen Fraktion und der FDP. Die Liberalen für den langjährigen Einsatz. Liebe Marianne, lieber Peter – ich wünsche Euch alles Gute für Eure Zukunft und beste Gesundheit.

Peter Sommer (Vordergrund) im Genuss seiner letzten Abstimmung (als Einziger hat er sich der Stimme enthalten).

Fraktionssitzungen / Neue FDP-Fraktionsmitglieder



Wir durften zwei neue Teammitglieder in der Fraktion begrüßen. Die Fraktion wurde mit weiteren zwei Peters ergänzt: Peter Bohnenblust (Biel/Bienne) als Nachfolger von Peter Moser. Peter Haudenschild (Niederbipp) als Nachfolger von Marianne Teuscher-Abts. Herzlich willkommen und viel Erfolg.

Die Fraktionssitzungen vor der Session wurden zum ersten Mal vollumfänglich Digital im Homeoffice durchgeführt. Dies war auch als Sitzungsleiter nicht einfach und verlangte von allen Mitgliedern volle Konzentration.

Peter Bohnenblust (links) und Peter Haudenschild kurz vor und während der Vereidigung.

Sessionsort wiederum ausserhalb des Rathauses



Die Session fand wiederum in der alten Festhalle auf dem Expo-Areal statt. Erfreulich war, dass eine Verbesserung der Abstimmungsanlage vorgenommen wurde. Nun konnten wir, wie im Rathaus gewohnt, sofort erkennen, wer wie abstimmt, bevor die Abstimmungszeit abgelaufen ist. Es gab dadurch weniger Verwirrungen. Der einzige Vorteil gegenüber dem Rathaus Bern ist, dass wir unheimlich viel Platz hatten.

Das Corona-Schutzkonzept wurde sehr gut eingehalten. Das Parlament konnte jede Woche ein Corona-Schnelltest absolvieren. Erfreulich war, dass nur gerade eine Person vorsorglich in Quarantäne musste – bzw. schon gar nicht zum Beginn der Session anwesend war.

Die Halle ist aber wirklich nicht mehr im guten Zustand. Die Heizung ist ineffizient. Die WC-Anlagen im schlechten Zustand. Gut durften wir dem «Neubaukredit» im Grossrat zustimmen. So wie die Corona-Zahlen aktuell sind, werden wir uns im Sommer wieder in dieser Halle treffen müssen.

Richter— und Kommissionswahlen



Bild links: Christophe Tissot-Daguette (links) und Alt-Parteipräsident Pierre-Yves Grivel. Bild rechts: Christoph Zimmerli (JUKO), Christophe Tissot-Daguette und Sandra Hess (Vizepräsidentin FDP-Fraktion)

Die Richterwahlen verliefen für die FDP erfolgreich. Unser Parteimitglied Christophe Tissot-Daguette wurde mit einem brillanten Wahlergebnis als Mitglied des Verwaltungsgerichts gewählt. Herzliche Gratulation.

Durch die diversen Ein- und Austritte in der FDP-Fraktion gibt es verschiedene Verschiebungen in den Grossrats-Kommissionen bzw. wird es auf die Sommersession noch weitere Änderungen geben. Hier eine aktuelle Übersicht der FDP-Kommissionssitze:

Vorname/Name	Aufsichtskommissionen					Sachbereichskommissionen							
	SAK		GPK	FIKO	JUKO	BaK		BIK		GSoK		SiK	
	Ordentl.	Ersatz				Ordentl.	Ersatz	Ordentl.	Ersatz	Ordentl.	Ersatz	Ordentl.	Ersatz
Sitzanspruch FDP	2	2	2	2	2	2	2	3	2	2	2	2	2
Daniel Arn								X			X		
Peter Bohnenblust					X								X
Stefan Costa							X						
Peter Dutschler			X										
Peter Flück						X							
Pierre-Yves Grivel	X												
Adrian Haas				X									
Peter Haudenschild													
Andreas Hegg													X
Sandra Hess					X		X						
Virginie Heyer		X						X					
Hanspeter Kohler													
J.-Luc Niederhauser		X							X	X (P)			
Carlos Reinhard	X												
Hans-Rudolf Saxer				X									
Hans Schär											X	X	
C. Schmidhauser								X					
Peter Sommer						X			X				
Hans Rudolf Vogt			X										X
Christoph Zimmerli										X			

Stimmenzähler: Hans Rudolf Vogt (ab Herbstsession 2020, vorher Peter Sommer)

Grossratspräsidium 2020/21: Stefan Costa



Impressionen aus dem Parlamentsalltag

Sessionsbeschlüsse

Unter dem Link <https://www.gr.be.ch/gr/de/index.html> findet der/die interessierte/r Bürgerin/Bürger alles über unsere Themen. Deshalb werde ich dies hier nicht alles wiedergeben, sondern nur auf einige wichtige Punkte aus der Sicht der FDP hinweisen.

Zu den einzelnen Beschlüssen

Die Session wurde mit drei Wochen budgetiert. Seit der Schreibung im Grossrat ist, gab es noch nie so viele Traktanden zu behandeln. Erfreulicherweise sind wir aber zügig vorangekommen, so dass wir am ersten Tag der dritten Woche alle Geschäfte abschliessen konnten.

Weniger erfreulich ist weiterhin die Tatsache, dass medial kaum etwas berichtet wurde. Auch ist es erstaunlich, dass zum Beispiel über unsere Motion betreffend Aufhebung von Nutzungsbeschränkungen von Gebäuden bis heute nichts berichtet wurde. Hingegen findet man die Berichterstattung über einen SP-Vorstoss betreffend Katzenkastrationen bereits 10 Minuten nach der Abstimmung im Netz. Dies ist sicherlich nur Zufall oder den Sparmassnahmen gewisser Verlagshäuser geschuldet.

Hier eine kurze Auflistung von wichtigen Beschlüssen:

- **JA** zur Verfassungsänderung des Kantons Bern (Klimanotstand in der Verfassung)
- **JA** zum Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (Sonderstatutgesetz, SStG) (Änderung)
- **JA** zum Gesetz über die sozialen Leistungsangebote (SLG)
- **JA** zu Biel, Quellgasse 10, 12 und 21, Sanierung und Umbau für Gymnasien Verpflichtungskredit für die Projektierung
- **JA** zum Beschluss über das Angebot im öffentlichen Verkehr für die Fahrplanperioden 2022 bis 2025
- **JA** zu den Investitionsbeiträge an den öffentlichen Verkehr. Rahmenkredit 2022 - 2025
- **JA** zum Kantonales Landwirtschaftsgesetz (KLwG) (Änderung)
- **JA** zur Energiestrategie 2006. Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Wirkung der Massnahmen 2015 - 2019 sowie neue Massnahmen 2020 - 2023
- **JA** zum Tourismus: Kompensation der Mindererträge aus der Beherbergungsabgabe aufgrund der Coronavirus-Krise. Rahmenkredit 2021
- **JA** zur "Neue Festhalle Bern": Investitionsbeitrag an die Messepark AG; Ausgabenbewilligung; Verpflichtungskredit. Objektkredit 2021-2024
- **JA** zur Übernahme von Solidarbürgschaften für vom Bund gewährte Darlehen gestützt auf die Covid-19-Verordnung Mannschaftssport des Bundes. Rahmenkredit

- **NEIN** zum wöchentliches Tagessystem anstelle des Sessionsmodells
- **JA** zum Bericht "Die Aussenbeziehungen des Kantons Bern 2020"
- **NEIN** zum "Evakuieren jetzt! Geflüchtete aus Griechenland brauchen unseren Schutz"
- **NEIN** zum Bundesrahmengesetz für die öffentliche Sozialhilfe
- **NEIN** zur Berufliche Vorsorge für Grossratsmitglieder
- **JA** zur Revision des Volksschulgesetzes
- **JA** zum Controllingbericht ADT 2020. Vollzug kantonaler Sachplan ADT

Nun einige Geschäfte mit einer kurzen Erklärung:

Beitrag an die Berner Oberland Bahnen AG (Schynige Platte)

Dieser Kreditantrag der Regierung wurde vom Grossen Rat zurückgewiesen und nicht etwa abgelehnt. Somit hat der Regierungsrat die Möglichkeit das Geschäft gemäss der Ratskritik nachzubessern. Kritisiert wurde hauptsächlich, dass von den verschiedenen Aktionären, nur der Kanton einen Sanierungsbeitrag leisten soll. Dies ist eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Privatbahnen. Der Rat war grundsätzlich nicht gegen den Grundsatz des Sanierungsvorhaben.

Diverse Vorstösse betreffend Härtefälle/Corona-Hilfen

Die grosse Mehrheit im Grossen Rat ist offen für finanzielle Unterstützungen der Berner Bevölkerung und Firmen. Vor allem sollen die Beiträge denjenigen zukommen, welche unverschuldet in die Notlage kommen. Hierfür wurden vom Bundes- und Regierungsrat etliche Möglichkeiten geschaffen (Kurzarbeit, EO-Entschädigungen, Umsatzentschädigungen usw.). Auch die Forderung der FDP-Motion vom Oktober 2020 (Unterstützung Sport- und Kulturbetriebe) ist unterdessen aufgenommen worden. In der Frühlingssession war nur bestritten, ob bei den Härtefallentschädigungen die Umsatzgrenze von CHF 100'000 auf CHF 50'000 gesenkt werden soll oder nicht. Eine knappe Mehrheit stimmte für die Senkung der Umsatzgrenze. Dies wird nun dazu führen, dass noch mehr Gesuche gestellt und bearbeitet werden müssen. Dies kann zu Verzögerungen bei den Auszahlungen führen.

Kleinstbetriebe mit einem Umsatz von unter CHF 100'000 sind nicht MwSt-pflichtig und somit sind die Umsätze nicht genau bekannt und oft nicht belegbar. Bei der Härtefallentschädigung geht es nämlich nicht um die Lohnbestandteile (diese sind durch die EO abgedeckt), sondern nur um Beiträge für Investitions-/Einrichtungsgüter (z.B. wenn jemand ein Geschäft mit Schneeschlitten führt, dann kann mit dieser Härtefallentschädigung der/die Ausfall/Nichtbenützung dieser Schlitten geltend gemacht werden).

Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge

In einer ersten Lesung wurde über eine Änderung der Besteuerung der Strassenfahrzeuge diskutiert. Das Ziel der Gesetzesänderung ist es, dass die Fahrzeugsteuern so weit erhöht werden, dass der Kanton Bern im Mittelfeld der anderen Kantonen liegt. Durch die Erhöhung von ca. CHF 40 Mio. soll im Gegenzug eine Steuersenkung der natürlichen Personen erfolgen. In der zweiten Lesung wird dieses Thema sicherlich wieder emotional diskutiert werden.

Diverse Vorstösse zur Neubewertung der Liegenschaftssteuern

Mehr als zwanzig Jahre sind vergangen, seit die Liegenschaften letztmals bewertet wurden. Nun erhielten alle Liegenschaftsbesitzer die Neubewertungen zugestellt. Scheinbar gibt es in der Region Saanen grosses Unverständnis, da nicht zwischen Erst- und Zweitwohnungsimmobilie unterschieden wurde. Weitere Vorstösse verlangen, dass vor allem diese Fehler bei einer zukünftigen Neubewertung nicht mehr gemacht werden und auch nicht mehr so lange zugewartet werden soll. Andererseits können die Spielregeln, welche für den ganzen Kanton gelten, nicht einfach nur in einer Region nachträglich geändert werden. Das Parlament unterstützte vor allem die zukunftsgerichteten Korrekturvorstösse und auch eine nochmalige Prüfung der Liegenschaftssteuern in der Region Saanen.

Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöBG)

Die total revidierte Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. November 2019 (IVöB; hiernach: IVöB 2019) regelt, wie der Kanton und die Gemeinden öffentliche Aufträge vergeben, also wie sie Güter, Dienstleistungen und Bauten einkaufen. Die IVöB 2019 modernisiert das öffentliche Beschaffungswesen der Kantone und harmonisiert es mit dem Recht des Bundes. Die Revision führt zu keiner grundlegenden Änderung des öffentlichen Beschaffungswesens. Aber sie verfolgt neben der Rechtsvereinheitlichung auch politische Ziele, nämlich die stärkere Berücksichtigung der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit bei öffentlichen Aufträgen, und die Stärkung des Qualitätswettbewerbs gegenüber dem Preiswettbewerb. Beides stärkt die Chancen von Schweizer Unternehmen zum Erhalt von Aufträgen. Zudem führt die IVöB 2019 neue Beschaffungsmethoden ein und macht es einfacher, Anbieter, die unzuverlässig arbeiten oder sich nicht an Vorschriften halten, von Aufträgen auszuschliessen. Dies stärkt den fairen Wettbewerb mit gleich langen Spiessen. Das Beschaffungsverfahren und die Schwellenwerte bleiben grundsätzlich unverändert, aber viele Einzelheiten des Verfahrens werden angepasst. In der ersten Lesung wurde das Gesetz grundsätzlich unterstützt. Einzig beim Beschwerdefahren kennt die schweizerische Lösung nur eine Stufe. Der Kanton Bern hat gute Erfahrungen mit dem zweistufigen Beschwerdeverfahren gemacht. Das Problem ist, dass sehr viele Kantone ein zweistufiges Verfahren nicht durchführen können (keine Regierungsstatthalterämter) und scheinbar soll der Kanton Bern bei einer Beharrung des zweistufigen Verfahrens nicht in die interkantonale Vereinbarung aufgenommen werden. Die zweite Lesung wird sicherlich noch Diskussionsbedarf haben.

Zum Schluss noch ein persönliches Geschäft, welches von der ganzen FDP-Fraktion unterstützt wurde:

Aufhebung der Nutzungseinschränkungen bei Gebäuden (Ausnutzungsziffern oder neu nach BMBV: z. B. Geschossflächenziffer)

Mit diesem Vorstoss, welcher der Regierungsrat sowie zuerst die SVP, SP und die Grünen nicht annehmen wollten, haben wir verlangt, dass die Nutzungsbeschränkungen von Gebäuden im Inneren (sog. Ausnutzungsziffern, Geschossflächenziffern usw.) nicht mehr erlaubt sind. Hier soll der Kanton die Gemeindeautonomie übersteuern. Link zum Geschäft: [Aufhebung der Nutzungseinschränkungen bei Gebäuden \(Ausnutzungsziffern oder neu nach BMBV: z. B. Geschossflächenziffer\)](#)

Es ist erfreulich, dass die vorgefasste Mehrheitsmeinung zur Ablehnung, durch die Diskussion gekehrt werden konnte und das Vorhaben deutlich überwiesen wurde. Ein wirklich liberales Anliegen muss nun umgesetzt werden.